

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Ausgabehelfer 2 RM., bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM. (zuzüglich Abgabe für Porto). Die Wochenblätter „Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend“ und „Wochenblatt für die Landwirtschaft“ sind ebenfalls erhältlich. Einzelnummern sind ebenfalls erhältlich. Die Redaktion ist an allen Tagen von 9 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr besetzt. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Wichtigste Preise: Die 8-spaltige Reklamzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Reklamzeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachvertragsgebühr 20 Reichspfennig. Werbefreie Reklamzeilen sind ebenfalls erhältlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 294 — 89. Jahrgang — Wilsdruff-Dresden — Volkszeitung: Dresden 2040 — Donnerstag, den 18. Dezember 1930

## Am Beobachtungsstand.

Wir haben es alle deutlich genug verspürt, wie es im Sommer des unerfreulichen Jahres 1930 zitterte und bebte im Gebäude des deutschen Kredits. Die Wagen um Wagen, mit Goldmillionen aus dem Bähringsshort der Reichsbank beladen, hinüberfahren mußte nach Frankreich. Es war ein schwerer Stoß, — aber wie stark er war, wurde jetzt auf einer Sitzung des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes von seinem neuen Vorsitzenden, Präsident Dr. Solmsen, mit aller Deutlichkeit herausgearbeitet. Es heißt allerhand, wenn allein die sechs Berliner Großbanken in vier Monaten etwa 1,5 Milliarden Mark kurzfristiger Kredite zurückzahlen mußten, ohne Ersatz zu bekommen! Und man versteht es auch, daß die Banken damals den von ihnen gewährten Kredit möglichst einschränkten trotz der nur zu berechtigten Beschwerden der deutschen Wirtschaft, daß ihr in einer besonders kritischen Lage nun auch noch der Kredit gekürzt würde. Die Geldinstitute mußten dafür sorgen, einen vielleicht noch stärkeren Stoß, noch schärferen Druck von Goldrückforderungen auszuhalten und damit zu beweisen, daß der deutsche Kredit durch — wie es damals der Fall war — politische Paniken zwar zum Beben, aber nicht zum Wanken gebracht werden kann. Und Dr. Solmsen verweist darauf, eine wie feste Stütze dabei die Reichsbank war, auch wenn diese bisweilen recht unangenehme Seiten aufzog. Ganz gefahrlos ist die Lage auch jetzt nicht; zwar ist sie wirtschaftlich so schlecht und trübe, daß der Kreditbedarf der Wirtschaft stark eingeschränkt ist. Aber wir schulden dem Ausland doch — bei Aufrechnung unserer eigenen Guthaben im Ausland — kurzfristig die unangenehm hohe Summe von rund 6—7 Milliarden Mark, davon bei den Banken allein 4,5 Milliarden. Aber leider besteht nicht viel Aussicht, erhebliche Teile dieser kurzfristigen Schulden in langfristige umzuwandeln, vom „Geld“ zum „Kapitalmarkt“ hinüberzuleiten. Das Reich ist ja heillos, daß es die bekannten Kredite mit dem Recht mehrfacher Verlängerung erhalten hat, — aber ein bißchen wadlig ist diese finanzielle Brücke besonders dann, wenn geradezu gefährdet, wenn aus politischen Gründen auf dem Geld- und Kreditmarkt ungeschickte Füße herumstampfen. Vorsicht und Zurückhaltung empfahl Dr. Solmsen auch bei der Betätigung im Wirtschaftsleben, namentlich dort, wo wirtschaftlich absterbende Unternehmen durch öffentliche Subventionen, also künstlich durch das Geld der Steuerzahler, am Leben erhalten werden sollen; denn Geld, Kapital, darf nur dort eingesetzt werden, wo ein Aufblühen, eine Rentabilität zu erwarten ist. Denn mit dem „Emporbringen“ ist das eine bisweilen recht gefährliche Sache. Weil man nämlich das Geld auch einmal — zurückzahlen muß, was einigermaßen schwierig sein soll, wenn es durch unwirtschaftliche Anlage verpulvert worden ist.

Von der Rentabilitätsfrage ist der Schritt hinüber zum offiziellen oder — natürlichen Preisabbau nicht gar so groß. Denn wenn nur Preise zu erzielen sind, die unter den Beschäftigungskosten liegen, dann tritt Vermögensverlust ein. Das geht natürlich auf die Dauer nicht, weil dann eben auch das Volkvermögen Einbußen erleidet, nicht bloß das „Privatvermögen“ einzelner Kreise oder bestimmter Wirtschaftszweige. Und das Weibnachtsgeschäft ist für zahllose Existenzen in Erzeugung und Handel, für Arbeitgeber wie — nehmer, vielfach geradezu entscheidend. Deswegen will auch die Reichsregierung entsprechend dem Beschluß ihres „Preisabbau-Ausschusses“ für den Augenblick sich zurückhalten und mehr als bisher der natürlichen Preisentwicklung Raum lassen, vorerst nicht mit irgendwelchen Druckmitteln dazwischengreifen. Was man zwecks späterer „Bearbeitung“ ins Auge gefaßt hat — die Eisenpreise und die der Warenartikel —, enthält einen ganzen Haufen finanziell-wirtschaftlich-preispolitischer Schwierigkeiten, die man sehr vorsichtig anpacken muß, zumal sie besonders weite Gebiete des Wirtschaftslebens erfüllen. Künstlich eingeschaltete Zwangsmaßnahmen können da viel mehr Schaden bringen, als eifrige Propagandisten es sich träumen lassen. Und leider sind ja die Leistungen der öffentlichen Hand längst nicht in dem Maße im Preise abgebaut worden, wie das in der Privatwirtschaft geschehen oder erzwungen worden ist.

Aber gewisse Druckmittel sind ja heute namentlich im politischen Leben nur allzu „beliebt“, ob das nun außenpolitisch-finanzielle sind, über die Dr. Solmsen klagte, oder wirtschaftspolitische von der eben angeordneten Art. Oder gar parteipolitische. Wir werden in Deutschland wieder einmal von den Stömungen und den natürlichen Gegenströmungen politischer Demonstrationen geradezu überflutet, was, nebenbei bemerkt, weder außen- noch innenwirtschaftlich von extremem Einfluß ist, da sich das alles „unter freiem Himmel“ vollzieht, um einen Ausdruck der Verfassung zu gebrauchen. Da ist denn auch schon der nicht mehr berechnete Auf: Herunter von der Straße! laut geworden, nicht aus dem Munde der Polizeibehörden, sondern in der Absicht, daß man zu etwas „geistigeren“ Auseinandersetzungen kommen sollte. Denn die Art, den anderen politisch zu „überzeugen“, hat derart unerquickliche Formen angenommen, daß hier eine freiwillige oder erzwungene Änderung eintreten muß.

## Die Beratungen des Reichskabinetts

### Reichsgründungsfeier am 18. Januar?

Die Lage in Ostpreußen.  
Zu einer Vollziehung trat das Reichskabinetts zusammen und der wieder in Berlin eingetroffene Reichsaussenminister Dr. Curtius gab eine Darstellung über seine Verhandlungen in Königsberg und über die dort gewonnenen Eindrücke. Außerdem wurden grundsätzliche Fragen der Stellenbesetzungen im Hinblick auf die Zeit nach Abschluß des sechszehnjährigen Personalabbaues bei den Behörden und die Frage einer Reichsgründungsfeier am 18. Januar erörtert.  
Der deutsche Delegierte in der Abrüstungskommission, Graf Bernstorff, der in Berlin eingetroffen ist, soll nachmittags dem Reichskanzler und den zuständigen Kabinettsmitgliedern und morgen im Reichstagsauschuß für auswärtige Angelegenheiten über den Verlauf der Abrüstungskonferenz Bericht erstatten.

### Ministerbesprechung über Genf.

Vorbereitung der außenpolitischen Aussprache.  
An die Sitzung des Reichskabinetts, in der neben den Fragen der Kraftfahrzeugsteuer noch das Besörderungswesen der Reichsbeamten und die Reichsgründungsfeier behandelt wurden, schloß sich eine kleinere Ministerbesprechung an, an der neben dem Reichskanzler noch der Reichsaussenminister und der Reichswehrminister teilnahmen. Die Kabinettsmitglieder nahmen den Vortrag des deutschen Vertreters bei der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, Grafen Bernstorff, über Verlauf und Ergebnisse der Genfer Vorbereitungen entgegen. Die Ministerbesprechung diente der Vorbereitung der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, der sich ebenfalls mit dieser Materie beschäftigen wird. An der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses dürfte vermutlich auch Graf Bernstorff teilnehmen.

### Auch die spanische Marine meutert.

Barcelona in Schrecken.  
Biemlich ungünstig lauten immer noch die ins Ausland gelangenden privaten Nachrichten aus Spanien. In verschiedenen spanischen Häfen haben sich die Kriegsschiffe der revolutionären Bewegung angeschlossen. Da jedoch die Regierung immer noch strengste Zensur ausübt, ist das Ausmaß der Marinerevolte nicht zu überprüfen. Im Norden und Süden des Landes stehen verschiedene Provinzen im Aufbruch. Es hat den Anschein, als hätte sich der Generalfreistreib über die gesamte Provinz ausgebreitet. Nur in Madrid scheinen die Regierungstruppen die Lage fest in der Hand zu haben.  
In Barcelona ist die Lage besonders gefährlich. Sämtliche Hauptplätze der Stadt sowie der Bahnhof und alle öffentlichen Gebäude sind mit starken Militärposten besetzt. Die Lebensmitteldecken müssen durch Maschinen-gewebte befürchtet werden, da die Bevölkerung Lebensmittelmangel befürchtet und bereits fast sämtliche Läden ausverkauft hat.

### Überall Generalfreistreib.

Der offene Aufstand ist namentlich in Madrid als einseitigen niedergeworfen zu betrachten. Die Telephon-sperre sowohl für das Inland wie auch für das Ausland ist wieder aufgehoben. Eine Bewachung der Madrider Innenstadt durch Militär findet nicht mehr statt. Banken und öffentliche Gebäude werden auch unter Tags noch scharf bewacht. Im Generalfreistreib befinden sich noch die Arbeiter der Hauptstädte folgender Provinzen: Coruna, Guelva, Jaen, Logrono, Navarra, Biscaya und Saragossa. In Barcelona und Valencia dauern Teilstreiks weiter an. Die Streiks haben keinen beruflichen Hintergrund, halten sich aber durchweg in friedlichem Rahmen, so daß überall in den lebenswichtigen Betrieben gearbeitet wird. In zwei Dörfern der Provinz Alicante versuchten die Streikenden, die Verbindungen abzuschneiden.

### Die Königin von Spanien berichtet.

Telephongespräch mit einer Zeitung: „Alles völlig ruhig.“  
Die Königin von Spanien, die von der Londoner Zeitung „Star“ telephonisch um Auskunft über die Lage in Spanien gebeten wurde, antwortete, daß keine Gefahr mehr bestehe. Alles sei völlig ruhig. Der König habe am Mittwoch vormittag einer großen offiziellen Veranstaltung beigewohnt und am Nachmittag die Kasernen besichtigt. In einigen Tagen werde voraussichtlich alles wieder nor-

### Die Deutsche Volkspartei verlangt erweiterte Sparsamkeit.

Die Besprechung des Parteiführers der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, mit dem Reichskanzler ist auf den Wunsch Dingeldeys zurückzuführen, der in der Unterredung insbesondere auf den von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gestellten Antrag hinwies, in dem weitere Ersparnisse im Reichshaushalt für 1931 gefordert werden. Dieser Antrag drückt den Wunsch aus, den neuen Haushalt unter allen Umständen vor jeder Gefahr zu bewahren. Die Volkspartei sieht die innen- und außenpolitischen Folgen einer durch Schwankungen eintretenden Gefährdung des Reichshaushaltes als so schwerwiegend an, daß sie unbedingt auf der rechtzeitigen gefühlvollen Sicherstellung der von ihr beantragten Einsparung besteht. Die Besprechungen werden nach Neujahr fortgesetzt.

### Die Kraftfahrzeugsteuer.

Das Reichskabinetts hat eine Denkschrift über die Besteuerung der Kraftfahrzeuge verabschiedet. Diese Denkschrift enthält die vorgeschlagenen Änderungen der Kraftfahrzeugsteuer und wird nunmehr dem Reichstage zugeleitet.

### Curtius über die politische Lage.

Regierung und Parlament.  
Reichsaussenminister Dr. Curtius hielt in Königsberg vor einem Kreise von Mitgliedern der Deutschen Volkspartei eine Rede über die politische Lage. Er zeichnete den Zug der Zeit dahin, daß immer mehr eine Lösung der Regierung vom Parlament statfinde, und umriß in wenigen Worten die Unmöglichkeit einer Regierungsbildung mit den Sozialdemokraten oder den Nationalsozialisten. Bei der Besprechung des Young-Plans wies Dr. Curtius auf die Bedeutung des Überganges vom Dawes zum Young-Plan hin und betonte, daß sich seit der Annahme des Young-Plans die Verhältnisse in einer Art und Weise verschoben hätten, wie es keiner der Sachverständigen 1929 habe voraussehen können. Zum Schluß hob Dr. Curtius hervor, daß seine Außenpolitik in den letzten Monaten mit besonderem Nachdruck auf den Osten gerichtet sei. Dr. Curtius hielt außerdem zahlreiche Besprechungen mit Vertretern der Behörden, der Provinz, der Landwirtschaft und der Wirtschaft ab.

mal sein. Die spanische Botschaft in London dementiert eine Pariser Meldung, daß die französisch-spanische Grenze geschlossen sei. Obwohl

in einer Anzahl von Städten noch gestreift werde, verlaufe doch alles friedlich. Zamora, der republikanische Ministerpräsident werden sollte, ist einer Meldung der „Central News“ zufolge verhaftet worden.

Die Lage in Spanien scheint sich nach den letzten Berichten wesentlich gebessert zu haben. Der Generalgouverneur von Madrid, der Bruder des Ministerpräsidenten Berenguer, erklärte,

daß die Regierung davon abgesehen habe, ein Bataillon Fremdenlegionäre zur Verstärkung von Marrocco nach Madrid zu beordern.

Die Änderung dieser ursprünglichen Absicht der Regierung dürfte wohl auf die in der spanischen Armee hierüber zum Ausdruck gekommenen Mißstimmung zurückzuführen sein.

### Aufstand in Guatemala.

Sieg der Aufständischen.  
Nach heftigem Straßenkampf, bei dem der Kriegsminister getötet wurde, ist die Regierung von Guatemala gestürzt worden. Die neue vorläufige Regierung steht unter der Führung des Generals Orellana.

### Die große Abrüstungskonferenz.

Vorbereitungen im Völkerbundsekretariat.  
Im Generalsekretariat des Völkerbundes werden vorbereitende Verhandlungen für den Zusammentritt der kommenden großen Abrüstungskonferenz geführt. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat an die schweizerische Regierung eine Anfrage gerichtet, welche Erleichterungen und Sicherungen für den Fall der Abhaltung einer Abrüstungskonferenz in der Schweiz gewährt werden könnten. Es besteht hier der Eindruck, daß die Abrüstungskonferenz außerhalb der Schweiz stattfinden wird, da die räumlichen Verhältnisse und technischen Bedingungen in Genf die Abhaltung einer so großen internationalen Konferenz nicht zulassen.

Im Vordergrund steht aber nach wie vor Wien als Verhandlungsort.

falls die österreichische Regierung rechtzeitig dem Völkerbundrat geeignete Räumlichkeiten für die Abhaltung der Konferenz zur Verfügung stellen sollte.

Die Einberufung der Abrüstungskonferenz nach Wien hat, wie verlautet, bereits die Unterstützung zahlreicher Regierungen gefunden, da Wien insbesondere in technischer Hinsicht als der geeignetste europäische Verhandlungsort angesehen wird.